

"The clash of economics" - Zentrale Bedeutung des Zinsniveaus

Es kommt etwas in Bewegung in der bisher so neoliberal erstarrten Ökonomie, die die deutschen Ökonomen in ihrer bisherigen strikten einseitig-marktliberalen "Beschränktheit" doch noch unter Druck setzt. (Zu dem so offensichtlichen "Sonderweg" der deutschen Ökonomen vgl.

www.nachdenkseiten.de/?p=12930#h08)

Deutlich geworden ist das schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos, wo die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel noch einmal mit ihrem marktradikalen Konzept des Fiskalpaktes auftrumpfte, das dann am 30. Januar 2012 auf dem EU-Gipfel beschlossen wurde. (Zum Fiskalpakt jetzt aktuell - und den langsam beginnenden Auseinandersetzungen um seine "antidemokratische" Umsetzung "Weitere Schneisen schlagen für eine Marktkonforme Demokratie - Mit dem Fiskalpakt zum Scheitern von Europa" vgl. (5.4.2012) www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/fiskal_bahl1.html sowie zur Verfassungsbeschwerde jetzt dann dagegen (16.4.2012) www.labournet.de/diskussion/eu/eurodem_bahl.html)

"Freundlicherweise" wollte der neue Bundespräsident Gauck diese Verfassungsklage zur Rettung von Verhältnissen, die noch den Namen Demokratie verdienen, einfach vom Tisch fegen, bevor das Gericht darüber befinden konnte, indem er bei seinem EU-Besuch in Brüssel lauthals verkündete: "Die Verfassungsrichter würden doch den Fiskalpakt für Deutschland bestimmt nicht aufhalten" (www.nachdenkseiten.de/?p=12901#h01). Nachdem wir schon weitgehend mit Finanzmarkt-"System-Parteien" gesegnet sind, wollte der Bundespräsident wohl auch noch gleich das Verfassungsgericht gleichgeschaltet wissen. Eine dreiste Posse!

Und außer der Initiative von "Mehr Demokratie" mit der Verfassungsbeschwerde gegen den "antidemokratischen" Fiskalpakt will noch ein weiteres Bündnis um Attac vor dem Fiskalpakt dringend warnen (www.fiskalpakt-stoppen.de - und so wird es die große Frage werden, inwieweit jetzt doch der Unmut aufkommt über diese für die Bevölkerung so sinnwidrige Politik: www.heise.de/tp/artikel/36/36780/1.html).

Ein wenig versucht die EU -wieder einmal - diesen Unmut mit ein wenig "Placebo"- oder Schein-Politik aufzufangen, indem sie so tut, als würde sie auch noch für die Beschäftigung etwas tun wollen. Aber das von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-Beschäftigungspaket bleibt nur das Feigenblatt für den Fiskalpakt, wie die frühere DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer feststellen muss. (www.wirtschaftundgesellschaft.de/?p=3316)

Dagegen kamen die europäischen Eliten - unter "Führung" von der deutschen Merkel - nicht auf die Idee, das "Krisenübel" bei den Wurzeln zu packen - und endlich eine Regulierung der Finanzmärkte in Angriff zu nehmen. (www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/davos12_bahl.html)

Am radikalsten, aber auch klarsten wird dieses Problem im Moment wohl von dem Literaturwissenschaftler Joseph Vogl umrissen: "Since 2007 and 2008, the crisis has undergone various phases, that document an escalation of a situation as a whole.... And now, in the most recent turn, we have arrived at a situation, which one could describe as a paralysis or sclerosis in political decision making. We are faced with a "crisis of governance" with an unclear distribution of responsibilities among instances of political power, economic actors, democratic procedures and the

role of the civil society. The turbulence of the financial markets has become a crisis of the entire capitalist system, including its political institutions and legal foundations." (So Joseph Vogl auf der "INET": <http://ineteconomics.org/conference/berlin/sovereignty-effects> (= der Text) oder das Video <http://ineteconomics.org/conference/berlin/joseph-vogl-which-way-forward-46>)

Er will daher sein Buch "Das Gespenst des Kapitals" auch als einen Beitrag zur Geschichte des ökonomischen Regierens verstanden haben, d.h. wie es zu diesem Wahrheitsprivileg von Marktmechanismen und Wettbewerbsszenarien kam - die letztlich auch stark von der Newton'schen Physik beeinflusst waren. (www.gegenblende.de/14-2012/++co++728d7bfc-8aec-11e1-5e66-001ec9b03e44)

Politik dann eben allenfalls in der Form der Geldpolitik durch die EZB

Der Streit in Europa spitzte sich deshalb in der Folge allein auf die Rolle der EZB zu - als "Tender of last resorts", bevor die Banken erneut aus den "verklemmten" Finanzmärkten kippen werden - wieder zur Rettung durch den Steuerzahler (vgl. auch Paul De Grauwe , ebendort auf der Seite 4 f.).

Nur muss der DGB jetzt ernüchternd feststellen, dass mit der Billionengeldschwemme durch die EZB vielleicht allein die Banken vor dem Untergang gerettet wurden - aber die Zinsen für die Staatsschulden - dank der Spekulation - weiter gestiegen sind. (Vgl. "Europa in der Armutsfalle" www.nachdenkseiten.de/?p=12930#h03) - denn, wie z.B. in den USA, endlich auch die Staatsanleihen selbst aufzukaufen, das blieb der EZB versagt.

Und so konnte das Zinsniveau in Europa - außer in Deutschland - von den Finanzmärkten getrieben eben nicht nach unten gebracht werden. Aber nur eine solche Senkung des Zinsniveau hätte längerfristig die Möglichkeit auf Wachstum eröffnet. So aber blieb es ein "Spiel" wieder allein zu Gunsten der Banken, die sich von der EZB - eben dieser "Billionen-Schwemme" billig zu einem Prozent das Geld leihen konnten, während gleichzeitig weiter gegen die Staaten und ihre Schulden spekuliert werden "konnte". Und Spanien jetzt 5,7 Prozent dafür zahlen musste. Zinsgeschenke für Spekulanten nennt daher Ulrike Herrmann wohl zurecht diese Politik der Billionen-"Geldschwemme", die zwar die "Märkte" beruhigen konnte, aber die Eurokrise weiter vertieft hat. (www.taz.de/!91845/)

Vielleicht kam George Soros dann schon damals Ende Januar in Davos die Idee, die Deutschen in ihrer so engen Sichtweise auf die Ökonomie, die das Krisen"karussell" wohl kaum je für Europa beenden kann, (vgl. dazu "Eurokrise" (17.4.2012) mit Heiner Flassbeck (= 2 c) "vor die Wand fahren" und Paul Krugman (= 2a) "Europe's economic suicide - for the Continent as a whole" (www.nachdenkseiten.de/?p=12879#h02) ein wenig zu unterstützen - durch die Zufuhr neuer Ideen.

Ein Aufbruch mit einem Paukenschlag mit der INET-Konferenz in Berlin

Jetzt jedenfalls hat Soros ein Institut für die "Ideenzufuhr" in der Ökonomie in Berlin vorgestellt: George Soros: Challenging the Foundation. Dabei will George Soros nicht nur als Sponsor, sondern auch als Teilnehmer an dieser Diskussion mitwirken - deshalb interessiert das vielleicht auch noch genauer: George Soros - und die Gründung von INET

(http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&list=PL679831F82A50FC6A&v=cdcMZ37lzQo)

Etwas mehr - und auch weiteres und genaueres - über die Gründung von INET gibt es auf den Nachdenkseiten noch: www.nachdenkseiten.de/?p=12865#h01 sowie weiter noch zu dieser Konferenz unter dem Motto "Paradigm lost" - "Verlorene Weltanschauung" mit dem doch einfach gescheiterten Weltbild der Wirtschaft, an dem nur in der Praxis der Politik noch "eisern" festgehalten wird. Deshalb hat dann die Bezeichnung von Angela Merkel als "eiserne Kanzlerin" doch etwas sehr Richtiges - nur eben nicht in einer irgendwie noch positiven Bedeutung, sondern mit der schlechten Verknüpfung zu einem blinden sturen Weiter"wurschteln" immer weiter auf das Scheitern zu. (www.nachdenkseiten.de/?p=12879#h03 - sowie noch in der Süddeutschen Zeitung "Finanzkrise in Europa - Einfach einmal anders denken"

www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftswissenschaften-nach-der-finanzkrise-einfach-einmal-anders-denken-1.1334237 . Einen recht guten Überblick gibt noch einmal das Gesamt-Programm: <http://ineteconomics.org/conference/berlin/program> , aus dem ich noch einmal Joseph Stiglitz herausgegriffen habe, da Richard Koo schon auf den Nachdenkseiten steht: <http://ineteconomics.org/conference/berlin/joseph-stiglitz-mercantilism-doomed-fail-45> oder auch noch der deutsche Wirtschaftsweiser Peter Bofinger mit "The Impact of Inequality on Macroeconomic Dynamics": <http://ineteconomics.org/conference/berlin/impact-inequality-macroeconomic-dynamics> und für Deutsche ist dann wohl noch von Interesse der Europa-Abgeordnete Sven Giegold (Grüne) über die Zukunft Europas: <http://ineteconomics.org/conference/berlin/sven-giegold-future-europe-46>)

Aber vor allem auch unser Heiner Flassbeck (siehe dazu auch noch im weiteren Verlauf - aber erst einmal hier noch auf der "INET": <http://ineteconomics.org/conference/berlin/heiner-flassbeck-mercantilism-doomed-fail-25>). Mehr von den Beiträgen jedoch folgt noch weiter unten im letzten Abschnitt zur Gleichheit, der gleich auf der INET zwei "Panels" (Arbeitskreise) gewidmet waren. In den USA bewegt sich auch etwas, was noch die Aufmerksamkeit verdient: Harvard, die Kaderschmiede des US-Finanzkapitals, hat auch eine "Occupy"-Gruppe, die Furore macht (www.nachdenkseiten.de/?p=12865#h07).

Aber es gibt diese ganzen "Vorwärtsbestrebungen" für das ökonomische Denken immer mehr auch hier, wofür in Deutschland jetzt auch die Berliner Initiative "Für eine Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften" steht (www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/ sowie noch www.nachdenkseiten.de/?p=12777#h06 und www.nachdenkseiten.de/?p=12801#h03)

Nicht zu vergessen unseren alten standfesten Ökonomen-Haudegen Rudolf Hickel von der Memo-Gruppe, dem dieses krampfhaftes Festhalten an diesen "Wirtschaftsmodellen" immer mehr auf den Nerv geht. (www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1728718/)

Er hat deshalb schon einmal ein Buch geschrieben mit dem für deutsche politische Gemüter provozierenden Titel "Zerschlagt die Banken - Zivilisiert die Finanzmärkte". Er will damit zeigen, dass man doch endlich zum eigentlichen "Kern" des Problems vordringen sollte - den auf den Finanzmärkten sich immer weiter spekulativ sich austobenden Banken.

Und dabei wird er auch inzwischen stärker von dem vom Saulus zum Paulus mutierten Wirtschaftswissenschaftler Straubhaar unterstützt (www.nachdenkseiten.de/?p=12912#h12) mit der Aufforderung, dass die Ökonomie sich nicht mehr an der Scheinwirklichkeit von mathematischen Modellen festklammern könne, sondern sich zu der sozialen Empirie der Sozialwissenschaften hin öffnen müsse. So sehr diese Bestrebungen einerseits zu begrüßen sind, so darf man nicht übersehen, dass es in dieser "Entscheidungsschlacht" um einen "Paradigmenwechsel" auch Gegenbewegungen gegen eine freie Meinungsäußerung zu den ökonomischen Problemen dieser Welt gibt. Die UNCTAD, bisher eine wichtige Stimme in diesen Fragen, soll an die Kandare genommen werden (www.nachdenkseiten.de/?p=12865#h08). Zu der "Gegenbewegung" kann man auch die Bestrebungen des ehem. Kanzler-Schröder-Beraters Rürup zählen, die derzeit beim DIW in Berlin hervorbrechen (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h12).

Aber zurück zur UNCTAD noch: Dabei hatte doch der Chefökonom von UNCTAD, unser Heiner Flassbeck, die "Eurokrise" kürzlich auch wieder erst in Düsseldorf so schön erklärt (www.nachdenkseiten.de/?p=12634#h12) (man sollte dort mindestens die gut ersten zwanzig Minuten reinhören, wenn man schon nicht genügend Zeit hat, sich alles anzuhören). Zu Heiner Flassbecks Krisenanalyse vgl. auch noch einmal "die Ziff. 2 c) "Vor die Wand gefahren" bei www.nachdenkseiten.de/?p=12879#h02). Wolfgang Lieb hat diese Sichtweise gerade noch einmal in einem Interview zur deutschen Rolle in der EU unterstrichen (www.nachdenkseiten.de/?p=12907).

Dennoch lässt der Druck auf die Unctad nicht nach - oder 1000 Leute beim IMF haben Angst vor den 10 Forschern bei der UNCTAD (www.nachdenkseiten.de/?p=12973).

Die zwei "Krisen-Narrative" - nur eines taugt zum Vergleich mit den USA

Dabei halte ich es weiterhin für hilfreich dieses eine "ökonomische Narrativ" mit dem Ziel einer durchschnittlichen Inflationsrate von rund zwei Prozent - und gegen das Lohndumping! - als das "Euro-Krisen-Narrativ" zu bezeichnen. Die gemeinsame Währungszone erfordert eine Lösung diesen "Krisenstranges" noch zusätzlich zu dem, was ich dann das "Finanzmarkt-Narrativ" bezeichne (zu diesem Vorschlag vgl. die "zwei sich ergänzenden ökonomischen Narrative für eine Gesamtagenda" auf der Seite 2 bei www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/bahl_sowi2.html).

Als diese Situation kennzeichnendes Strukturmerkmal gilt als das Kennzeichen, dass der langfristige Zins auf einem Niveau stabilisiert wird, der deutlich unter dem nominellen Wirtschaftswachstum liegt (vgl. dazu in der gemeinsamen Diagnose der drei europäischen Wirtschaftsinstitute zum Fiskalpakt die Seite 26 bei www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_71_2012.pdf).

Wachstum wird eben erst wieder möglich, wenn es oberhalb des Zinses liegt - oder eben der Zins so niedrig ist, dass Wachstum möglich wird.

Die vorhandene Komplexität des europäischen Krisengeschehens lässt sich nicht dadurch reduzieren, dass man so tut, als gäbe es verschiedene "Denkschulen" - und gar als könnte nur "eine" dann letztlich Recht behalten.

Wir sollten die Welt in ihrer ganzen Komplexität zu begreifen versuchen - mit der entsprechenden Offenheit für die Empirie (tatsächliche Entwicklungen) - und da "gibt" es offensichtlich mehr als ich in dem jeweils einzelnen Narrativ "unterbringen" kann.

Deshalb sollte hier auch klar gesagt werden, dass wir uns jetzt in einer geistigen Konfrontation von Europa mit den USA von diesem "Euro-Krisen-Narrativ" - als dem für Europa als Währungszone ohne gemeinsame staatliche Institutionen noch speziellen oder auch zusätzlichen - wegbewegen, um im Vergleich mit den USA vor allem auf das "Finanzmarkt-Narrativ" zu "sprechen" zu kommen.

Die getrennten Welten: USA und Europa. Ein globales Experiment: Europa setzt auf Sparsamkeit, die USA auf Wachstum

Stephan Kaufmann hatte am 10. April 2012 konstatieren müssen, dass Europa und die USA getrennte Wege gehen: Massive Sparprogramme lassen in der Eurozone die Wirtschaftsleistung schrumpfen - auf der anderen Seite des Atlantik dagegen kommt die wirtschaftliche Erholung in Schwung. Deshalb erklärte Pier Carlo Padoan, der Chefökonom der OECD, "Die USA und Europa stehen vor getrennten Wachstumspfaden" (www.fr-online.de/wirtschaft/wirtschaftsstrategie-europa-und-die-usa-gehen-getrennte-wege,1472780,14700868.html). Die Politik der amerikanischen Zentralbank Fed stabilisiert - gerade auch durch den direkten Ankauf von amerikanischen Staatsanleihen - den Zinssatz auf einem niedrigen Niveau. Dabei zitiert auch Kaufmann hier noch einmal die Diagnose der drei europäischen Wirtschaftsinstitute, dass es der Fed - ganz im Gegensatz zur EZB - dadurch gelingt, das langfristige Zins-Niveau auf einem so niedrigen Level zu stabilisieren, dass es deutlich unter der nominalen Wachstumsrate zu liegen kommt (vgl. dazu die Seite 19 bei www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_71_2012.pdf).

Und diese Sichtweise verbreitet sich inzwischen auch weiter in den deutschen Medien. So schreibt Ulrike Herrmann: "Die Zinsen (auf eine Staatsschuld) lassen sich nur dann mühelos aufbringen, wenn sie nicht die nominale Wachstumsrate überschreiten" (www.taz.de/!91845/).

Ja, so ist - und bleibt? - die Welt geteilt in diesen "Clash of economics" (Zusammenprall der Volkswirtschaftslehren): Europa unter der für so viele so schrecklichen Führung von Deutschland (vgl. auch "Merkozy" - das "Duo infernale" für Europa und Griechenland": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl25.html) bleibt "ewig" marktgetrieben von den Interessen der Finanzindustrie beherrscht - bei einem für die Meisten inzwischen unerträglich hohen Zinsniveau. Denn die deutsche politische Elite mit ihrer Kanzlerin an der Spitze will einfach auf die disziplinierende Wirkung steigender Zinsen nicht verzichten - ja, meint sogar, es wäre fatal auf diese Disziplinierungswirkung steigender Zinsen - durch die Spekulation auf die Staatsanleihen - zu verzichten (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bundesbankpraesident-weidmann-lobt-gipfel-beschluesse-11557487.html).

Aber warum sollte Deutschland auch von seinem dadurch erreichten Vorteil lassen - und den Vorteil für sich wie ein "Fettauge auf der Suppe" dieser europäischen Finanzmarktmisere schwimmend ziehen. (vgl. "Die Angst geht um": Das hat es noch nie gegeben, Anleger beschenken Deutschland: www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl21.html)

Deutschland selbst hatte jedoch nach dem 2. Weltkrieg selbst einmal den Vorteil dieser angelsächsischen Sichtweise im Londoner Schuldenabkommen für sich "genießen" zu können (siehe dazu noch einmal www.nachdenkseiten.de/?p=12167#h03) - vielleicht damals auch unter der Bedrohung des kommunistischen Ostblocks. Eine solche Bedrohung gibt es heute nicht, also ohne Rücksicht "auf Verluste" wird festgehalten an der "Doktrin" der Märkte zugunsten der Reichen. Das

Konkrete wurde immer weniger kenntlich (gemacht). Und so konnte es kommen, "dass sich das Dogma der Sparpolitik durchsetzte und ihre unsozialen Verteilungswirkungen verborgen blieben" (vgl. www.freitag.de/positionen/1044-das-neue-einmaleins).

Aber diese ökonomisch gute Entwicklung hat auch eine "reale" ökonomische Basis, die nicht "allein" auf den Finanzmärkten beruht: China als Wachstumsregion ist nicht nur fasziniert von den deutschen Autos , sondern auch die Unternehmen dort lieben die die deutschen Maschinen. (www.fr-online.de/wirtschaft/gastbeitrag-zum-deutsch-chinesischen-verhaeltnis--letztlich-sind-wir-nur-80-millionen-,1472780,14975602.html) - auch wenn es nicht ohne Risiko bleibt: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/automobilbranche-in-china-wenn-das-risiko-mitfaehrt-1,1339959)

Gleichwohl geht der deutsche Maschinenbau davon aus, dass China auch dieses Jahr wieder "Wachstumsspitzenreiter" für die deutsche Maschinen-industrie sein wird. So wird ein Umsatzplus noch von 12 Prozent erwartet. So bleibt das riesige Land China der wichtigste Markt für die hiesige Branche, die 2011 Maschinen im Wert von knapp 19 Milliarden Euro dorthin lieferte. Und so koppeln sich die Firmen, die große Anlagen und Maschinen bauen, immer mehr vom alten Kontinent ab, dessen Anteil erstmals weniger als 40 Prozent im vergangenen Jahr betrug. Und in den Krisenländern des Südens von Europa wird es mit der Investitionsbereitschaft weiterhin mau bleiben. (<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1334258324858&openMenu=1013016724684&calledPageId=1013016724684&listid=1018881578399>)

Dies ist ein zusätzlicher Faktor für die in Europa so gute Position von Deutschland, das dank des Euro - zusammen mit seinem Lohndumping (vgl. dazu noch einmal den ganz aktuellen Hinweis auf die alleinige Bedeutung der Lohnstückkosten - und eben nicht der Arbeitskosten www.nachdenkseiten.de/?p=12981) - neben der auch nicht zu bestreitenden Qualität der Produkte eben nach "außen" konkurrenzlos billig sein kann.

Aber nach diesem Einschub zur Erklärung der guten deutschen Position wieder zurück zum Dogma der Sparpolitik: Dabei zeigt sich nicht nur durch die bisherige "Geschichte", sondern es wird auch noch in der Modellsimulation belegt, dass eine fast fünf Jahre praktizierte Sparpolitik nicht in der Lage ist die Staatsschuldenquote zu senken (vgl. die Seite 21 bei www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_71_2012.pdf). Und diese Modellrechnung wird gerade auch wieder ganz real bestätigt: Schuldenquote der Euroländer steigt - Europas Börsen geraten unter Druck (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schuldenquote-der-eurolaender-steigt-hollande-und-holland-setzen-boersen-unter-druck-1.1339623). Und auch die deutsche Bundesrepublik "darf" jetzt sauber die Zeche an die Finanzmärkte mit "ihrer" Schirmpolitik bezahlen - und die Neuverschuldung weiter erhöhen (www.nachdenkseiten.de/?p=12957#h02).

Und so wird das wohl doch noch weitergehen - von Aufstockung zu Aufstockung zugunsten der Finanzmärkte.

Es wird also eine Politik betrieben, die das Ziel , das sie permanent vorgibt erreichen zu wollen - nämlich die Staatsschulden zu senken -, selbst laufend konterkariert, bzw. "seit ewigen Zeiten" sich als unfähig erweist, diesem Ziel näher zu kommen. Nur scheint bisher noch keinem relevanten

Politiker dieser Blödsinn ins Auge zu stechen - und die Medien verhalten sich weiter gegenüber diesem Phänomen wie die ganze Masse der "Untertanen" in dem Märchen "Des Kaisers neue Kleider" : Sie tun so , als sei dieses politische Tun so richtig sinnvoll und auch "zielgerichtet" -, irgendwann diese Staatsschuldenquote auch tatsächlich zu senken. Und da sie Gefangene ihrer Modelle sind - jenseits jeder Realität - kann es auch nur darum gehen, eben durch Sparmaßnahmen die Schuldenquote doch noch einmal zum Sinken zu bringen: eine "verrückte" Welt der Ökonomen , die sich nicht durch diese Fakten aus dem Takt bringen lassen will.

Wie die Finanzmarktrealität doch noch in die Redaktionen einkehrt

Neben einer immer weiter um sich greifenden "Öffnung" hin zur Finanzmarkt-Realität in einzelnen Medien (die auch hier in dieser Presse-Literaturschau auftauchen) , die den verengten Blickwinkel der Finanzmarkt-"System-Parteien" hinter sich lassen, möchte ich jetzt gerade einen recht profilierten Artikel aus der SZ von Claus Hulverscheidt (= Seite 4 vom 23. April 2012) zitieren, da er nicht im Netz steht: Er schreibt unter der Überschrift: "Im Kreislauf des Finanz-Irrsinns".

Der IWF baut einen zweiten Rettungswall, aber an die harten Marktformen traut sich niemand ran. - Und er fährt fort: "Der Soziologe Wolfgang Streeck hat kürzlich eine neue Spezies definiert, die des Kapitalversteher. Das sind nach seiner Lesart Menschen, die die laxen Regeln eines entfesselten Kapitalismus für ihre eigenen Interessen zu nutzen wissen und den Glauben an das segensreiche Wirken der Finanzmärkte zur Staatsräson erheben. (Vgl. auch www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/bahl_sowi4.html)

Nun zielt Streecks Kritik zuvorderst auf die mächtige amerikanische Investmentbank Goldman Sachs. Bei etwas weiterer Auslegung aber könnte man auch den Bundesfinanzminister Schäuble als Kapitalversteher bezeichnen ...

Schäuble hat nämlich dem zweiten Billionen-Dollar-Rettungsschirm des Internationalen Währungsfonds zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems schon vorab seinen Segen gegeben - mit der Begründung, dass "die Märkte genau dies immer gefordert haben."

Warum läuft die Politik diesen als irrational eingeschätzten Zeitgenossen in der Form der Finanzmarktakteure hinterher? Die Antwort :.. weil die Europäer eine Währungsunion geschaffen haben, die auf Sand gebaut ist...

Streeck und seine oft weit weniger klugen Gesinnungsgenossen verwechseln Ursache und Wirkung : Sie begreifen die Krise (eben rein beschreibend) als Machtkampf zwischen Politik und Markt, den die Politik bereits verloren hat. Das ist Unsinn: Zum einen ist der Finanzmarkt ja kein Ungeheuer, das Jahrtausende lang friedlich war und dann plötzlich zubiss. Die Politik selbst hat doch dieses Ungeheuer (durch die radikalen Finanzmarktderegulierungen) erst kreiert - und sie selbst kann es auch wieder zähmen - wenn alle Beteiligten denn wollen...

Mit dem Eurostabilisierungsfonds ESM und dem jetzt neuen IWF-Schirm gibt es nun einen doppelten Schutzwall (für den Fall, dass sich die Krise weiter verschärft vgl. auch www.sueddeutsche.de/wirtschaft/milliarden-fuer-den-waehrungsfonds-der-washington.moment-1.1339016). Es hilft allerdings nicht, wenn das Ungeheuer innerhalb der Burgmauern lebt. Die

Eurostaaten wie auch ihre Partner in der Welt müssen deshalb ihr Verhältnis zu den Finanzmärkten neu ordnen....

Viele der großen Fragen sind bei der bisherigen Bankenregulierung nach wie vor unbeantwortet: Weshalb können Banken immer noch so groß werden, dass sie im Krisenfall vom Steuerzahler gerettet werden müssen? Warum dürfen Geldhäuser nach wie vor Geschäfte außerhalb der Bilanz tätigen? Wieso gibt es überhaupt "Schattenbanken"? Aus welchen Grund verlieren Finanzprodukte, die keinerlei realwirtschaftliche Basis haben, nicht einfach ihre Zulassung?

Nicht der Markt ist also das Problem, dem die Politiker so schon fast hysterisch hinterherhecheln. Das Problem sind die Politiker und Banker, aber auch die Professoren und vielen anderen Experten, die die einmal erkannten Fehler nicht abstellen, sondern sie sehenden Auges einfach ein zweites Mal begehen - und damit den Populisten und Verschwörungstheoretikern das Futter liefern... (SZ)

Aber so leicht lassen wir den jetzt doch zum Aufklärer gewordenen Journalisten auch nicht davonspringen - indem er jetzt einmal den Soziologen attackiert. Wo blieben den die deutschen Medien mit einem offenen und kritischen Blick als - im Gegensatz zu den USA - ein "Untersuchungsausschuss" zur Finanzmarktkrise in Deutschland verhindert wurde - durch die von mir inzwischen als Finanzmarkt-"System-Parteien" (im Unterschied zu den Planungs-"System-Parteien" der untergegangenen DDR) bezeichneten Parteien im Bundestag? (Vgl. noch einmal "Politik weiter fest im Griff der Finanz-Oligarchie" auf der Seite 2 bei www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/volcker.html oder auch noch einmal "Notwendig ist eine neue Gesamtkonstellation für die Finanzwirtschaft" - nach einer Stellungnahme im Bundestag: www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/bahl3.html in Verbindung mit www.nachdenkseiten.de/?p=10011#h05)

Lediglich im "Manager Magazin" (8/2011 - S. 22) fand ich eine Notiz: "Für einen Untersuchungsausschuss mit breit angelegtem Mandat nach US-Vorbild ist im Bundestag bislang keine Mehrheit in Sicht. Klar Linke und Grüne sind im Zweifel dafür, schließlich standen sie in den Krisenjahren nicht in der Regierungsverantwortung. Allerdings verfehlen beide Fraktionen zusammen knapp jene 25 Prozent, die die Einberufung eines Ausschusses unterstützen müssen."

Nur für unsere Medien war das - damals - weiter überhaupt kein Thema - geschweige denn ein Skandal!

Dabei hätte wieder einfach nur ein Blick in die USA genügt - der man hier doch vorher alles "hinterhergemacht" hat -, wie dort die Krise breit aufgearbeitet wurde (vgl. zur Kommission des US-Repräsentantenhauses: <http://fcic.law.stanford.edu> - oder auch noch www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/bahl2.html).

So konnte jeder Amerikaner wissen, dass die Aufhebung des Glass-Steagall-Acts (Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanking) durch die Clinton-Regierung 1999 eine der Ursachen für den Aufbau der Krise (bis hin zur Lehman-Pleite) war, während man sich bei uns doch noch immer schwer damit tut, wie die Finanzmarktderegulierungen hierzulande die Krise auch bei uns befördert haben.

Oh nein, man erfand die "Lehman-Pleite" als einzige Ursache - und kam so zur Lehman-Lüge. Dazu möchte ich einfach noch einmal aus Leo Müller`s einschlägigem Buch "Bankräuber" (siehe www.tagesspiegel.de/kultur/der-grosse-raubzug/1803948.html oder auch

www.nachdenkseiten.de/?p=6630#h09) zitieren: "Bis heute gibt es in Deutschland - anders als in anderen Ländern - über das größte Finanzdesaster seit der Weimarer Republik nicht einmal einen ernsthaften Ansatz einer offiziellen Analyse." So konnte die Legende erzeugt werden, das Desaster konnte niemand voraussehen. "Und Steinbrücks Parteigänger kolportierten die Lehman-Legende - und nehmen so ihren Minister aus der Schusslinie"

Albrecht Müller hatte dies auch schon auf den Nachdenkeiten publiziert (www.nachdenkseiten.de/?p=3599 und weiter www.nachdenkseiten.de/?p=3743 sowie www.nachdenkseiten.de/?p=3504). Dennoch konnte diese "Lehman-Lüge" sich noch langer Beliebtheit in den Medien erfreuen, ohne dass jemand bei dieser Erwähnung gleich in schallendes Gelächter ausgebrochen wäre.

Oh, ganz im Gegenteil versuchten sie doch noch immer aus dem Versager Peer Steinbrück einen erfolgreichen Retter zu machen (www.nachdenkseiten.de/?p=6777) - und hier schritten sie durchaus zur immer wieder ausgeübten "Fortsetzungstat".

Es ist zwar erfrischend zu beobachten wie diese Finanzmarkt-Realität jetzt doch "entdeckt" wird. Nur stände hier auch ein Büßergewand besser zu Gesicht als so eine auftrumpfende Geste gegenüber einem sich erfreulich aus dem Fenster hängenden Soziologen wie Wolfgang Streeck. Und immerhin ist die USA mit der sog. "Volcker-Regel" auch schon ein Stück weiter, während das aus Europa "hinterfotzig" intrigierend verhindert werden soll. (Siehe noch einmal "Doch Finanzmärkte regulieren: "Volcker-Regel" für die USA und die europäischen Regierungen kämpfen dagegen": www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/volcker.html)

Das Volk als Störfaktor für die Finanzmärkte - Jetzt: Politik durch das Volk oder gegen das Volk?

In Europa stimmen die Menschen über die Politik ab - das mögen die Finanzmärkte nicht. Muss "man" jetzt der Demokratie ein Ende bereiten? Die Euro-Krise schläft. Der Billionen-Kredit der Europäischen Zentralbank hat die Lage derzeit beruhigt. Doch die Ruhe ist gefährdet. An den Finanzmärkten hat man eine neue Gefahr ausgemacht: die Demokratie.

"Die Wahlen in Frankreich und Griechenland wie auch die Volksbefragung in Irland", so Elga Bartsch von der US-Investmentbank Morgan Stanley, "lösen Sorgen bei Investoren, Unternehmen und Konsumenten aus." Dabei hat dieser Banker noch gar nicht die anstehenden Neuwahlen auch in den Niederlanden berücksichtigt, weil hier die Regierungs-Koalition auch an dem Vorhaben einer strikten Austeritätspolitik zerbrochen ist (www.nachdenkseiten.de/?p=12947#h04).

Somit ist der Bundeskanzlerin Merkel faktisch - nach wahrscheinlich Frankreich - ein weiterer Bundesgenosse für ihre Austeritätspolitik für Europa verloren gegangen (www.sueddeutsche.de/politik/regierungskrise-in-den-niederlanden-merkels-verlorene-verbuendete-1.1339967).

Alle Gefahr, so scheint es geht derzeit vom Volke aus, schreibt somit Stephan Kaufmann in der FR (www.berliner-zeitung.de/finanzkrise/eurokrise--das-volk-wird-zum-stoerfaktor,10808234,14960976.html).

Zu dem Generalanschlag auf den europäischen Parlamentarismus durch diesen sog. Fiskalpakt hatten wir schon einiges vorgebracht: siehe auf der Seite 2 "... und zum anderen wird die Demokratie abgeschafft" (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/fiskal_bahl1.html) sowie noch weiter: "Maulkorb für Bundestagsabgeordnete ? - Weitere Schneisen schlagen für eine marktkonforme Demokratie" (www.labournet.de/diskussion/eu/eurodem_bahl.html).

So zeigt sich immer heftiger der wahre demokratiefeindliche Charakter der Finanzmärkte. Und es fällt einem schon schwer, in diesem Vorgehen nicht ein Machtergreifungsmodell durch einen "ökonomischen Putsch" zu sehen. (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h06)

Sparpolitik unter dem Diktat der Finanzmärkte zerstört Europa (Eurozone) durch Spaltung

Und so zieht sich ein Graben durch Europa (vgl. dazu Stephan Schulmeister "Ein Graben zieht sich (mit dem Fiskalpakt) durch Europa": www.nachdenkseiten.de/?p=12801#h04 - oder schon vorher auf englisch "The economic consequences of the pact": www.nachdenkseiten.de/?p=12766#h03) - weil eben - im Gegensatz zu den USA - Europa eben bis jetzt noch keine "Vereinigten Staaten" sind.

Aktuell wurde dieser tiefe Graben in Europa jetzt noch einmal bei der Vorlage des Frühjahrsgutachtens der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt: Während Deutschland von Niedrigzinsen profitiert und weiter wächst, muss Spanien für neue Anleihen weiter hohe Zinsen zahlen (www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2012%2F04%2F20%2Fa0077&cHash=0dd7b24f35).

Während Deutschland unter dem Regime der Finanzmärkte floriert, unterwirft sich Spanien - mit immer weiteren Austeritätsprogrammen - schon fast im Stundentakt diesem Regime der Märkte (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h05).

Europa hat weder ein Augenmerk darauf, noch ist es mit seiner jetzigen Politik in der Lage das Zins-Niveau wie in den USA unter das Wachstum zu senken. Nur wenn wir in Europa die Zinsbildung nicht in den Griff bekommen - dann wird das Dynamit für das europäische Einigungswerk (www.youtube.com/watch?v=Dw7D1NOLnrA).

Finanzmärkte als Politikersatz

Und was ist jetzt die Folge dieser Entwicklung, bei der man den Finanzmärkten eine klare politische Funktion in Europa zuweist - zwischen den einzelnen Staaten und Volkswirtschaften unter dem Dach der gemeinsamen Währung Euro? Durch die spekulative Zinserhöhungen - ohne einen stabilisierenden Eingriff der EZB durch Aufkauf von Staatsanleihen (vgl. dazu auch noch einmal den durchaus gemäßigten Vorschlag des Liberalen Guy Verhofstadt, weil sonst unter dem nicht nachlassenden Druck der Finanzmärkte "von Gipfel zu Gipfel weiter aufgestockt werden muss": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl28.html - zu diesem erst noch kompromisshaften und "halbherzigen" Schuldentilgungspakt siehe dann des weiteren www.nachdenkseiten.de/?p=12826#h01).

Klarer und weitergehend dagegen noch ist der Vorschlag des Münchner Volkswirtschaftlers Gerhard Illing für eine Fiskalunion (siehe die Seite drei unten "Dieser Fiskalpakt birgt das ökonomische Scheitern des gesamten europäischen Projektes in sich":

www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/fiskal_bahl1.html . Und neuerdings spricht sich auch der Chefökonom des IWF, Blanchard, klar für Eurobonds aus (vgl. die Ziff. 1d) bei

www.nachdenkseiten.de/?p=12957#h01), die die Kanzlerin Merkel mit aller "Gewalt" bisher in der EU verhindert hatte.

Aber politische Gegenwehr - vor allem der betroffenen Euro-Staaten aus dem Süden - konnte bisher nicht wahrgenommen werden - nein im Gegenteil versuchte sich noch einer eher hinterhältig gegen den anderen zu profilieren (vgl. die konspirative Beflissenheit des portugiesischen Finanzministers gegen Griechenland: www.nachdenkseiten.de/?p=12271). Wenn man jedoch mit der bisherigen Geldpolitik des "Wasch mir den Pelz, aber mach` mich nicht nass" fortfährt, wird eben das Zinsniveau - vor allem für den "Süden" in der Eurozone - weiter "erdrosselnd" hoch bleiben.

Die Zinsen für spanische Staatsanleihen haben jetzt die kritische Marke von sechs Prozent überschritten - und "dank des "Spardiktats" rutscht jedoch Spanien immer tiefer in die Krise (www.fr-online.de/schuldenkrise/euro-krise--spanien-rutscht-tiefer-in-die-krise,1471908,14827234.html oder auch www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schuldenkrise-in-europa-spardiktat-stuerzt-spanien-in-die-rezession-1.1334107) - Ein wenig hatte Spanien dann doch noch "Glück" vor den Finanzmärkten: es kam mit 5,7 Prozent Zinsen davon...

Und Italien und Spanien zahlen schon das Doppelte ihrer Inflationsraten als Zinsen (www.nachdenkseiten.de/?p=12901#h02)- Europa ist also sehr weit davon entfernt die Zinsbildung in den Griff zu bekommen - nur warum soll es auch? Deutschland kann doch so herrlich davon "profitieren" - indem es jetzt für seine Schulden nichts mehr bezahlen muss. (Weiter zum Verlauf der Eurokrise siehe auch noch: www.nachdenkseiten.de/?p=12947h05)

Und Deutschland bleibt da - voll auf die "heilenden Kräfte" der Finanzmärkte vertrauend - stur - oder wie der Bundesbankpräsident Jens Weidmann das auszudrücken pflegt: "Wir sollten nicht den Weltuntergang ausrufen, wenn die langfristigen Zinsen eines Landes über sechs Prozent steigen." (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2012/04/18/weidmann-lehnt-ezb-hilfe-fuer-spanien-ab/>)

Auch wenn es nicht der "Weltuntergang" sein sollte, so ist es doch bald schon die böswillige Zerstörung noch vorhandener Wirtschaftskraft in immer mehr Euroländer - und steht damit die Eurozone nicht doch vor dem von Paul Krugman "anvisierten" Selbstmord Europas (siehe die Ziff. 2a) bei www.nachdenkseiten.de/?p=12879#h02) - so Stück für Stück vom Süden her?

Ja mei, und vielleicht lehren die "Finanzmärkte" jetzt doch auch einmal Herrn Weidmann "mores" - und beginnen das für ihn wahrscheinlich bisher Unvorstellbare: gegen Deutschland zu wetten?

Zunächst - wen erstaunt es noch? - wetten die Hedgefonds gegen Spanien (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schuldenkrise-hedgefonds-wetten-gegen-spanien-1.1332206). Aber für jemanden aus Deutschland wie Herrn Weidmann ist das ja nur ein guter und richtiger "Ansporn für die Politik" - um erst so richtig zu sparen!

Aber was heißt hier sparen - außer am Sozialen? Die Banken sollen doch wieder einmal gerettet werden - von ihren faulen Kredite (z.B. die jetzt arbeitslos Gewordenen können die Kredite für ihre

Häuser nicht mehr bedienen). So fordert Spanien doch schon wieder einmal 9 Milliarden Euro für die Banken - aus dem Euro-Rettungsschirm . (www.fr-online.de/schuldenkrise/rettungsschirm-efsf-spanien-fordert-neue-milliarden-fuer-banken-,1471908,14945426.html) Deutschland ist "natürlich" dagegen - sind ja auch keine deutschen Banken betroffen.

Und jetzt könnte es langsam eng werden unter dem Euro-Rettungsschirm, denn Irland will auch noch seine Banken unter den Rettungsschirm schicken. (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-rettungsfonds-irland-will-seine-banken-unter-den-rettungsschirm-schicken-1.1339826)

Was aber wenn jetzt dann die Hedgefonds anfangen gegen Deutschland zu wetten - diesem bisherigen "Fettauge auf der Suppe" der Finanzmärkte ? Und ein berühmter Hedgefondsmanager, John Paulson, wettet doch schon einmal gegen Deutschland. (www.fr-online.de/schuldenkrise/iwf-und-john-paulson--die-wetten-gegen-deutschland-beginnen,1471908,14943366.html) Und so beginnen die Spekulanten Europa immer mehr im Kreuz zu sitzen. (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schwelende-euro-krise-europa-sitzen-die-spekulanten-im-kreuz-1.1336176) Obwohl vorerst die Indikatoren für Deutschland doch noch recht gut aussehen - jedenfalls bis Juni. (<http://idw-online.de:80/de/news471889>)

Kein Wunder dennoch, dass der IWF jetzt nicht nur Sorgen wegen Europa und Deutschland hat, sondern auch einfach "überhaupt keinen Bock mehr hat", sich an diesem "ziemlich irrational finanzmarktgetriebenen" Wahnsinn auch noch finanziell zu beteiligen - zumal Deutschland und die EU auch noch die Weltwirtschaft insgesamt gefährden. Die Turbulenzen in Spanien wecken Ängste, dass sich vom alten Kontinent schon bald die nächsten Schockwellen ausbreiten. Deshalb schreibt der IWF in seinem Frühjahrsbericht, "im Jahr 2012 gefährdet nichts so die Weltwirtschaft wie die instabile Währungsunion." (www.fr-online.de/meinung/leitartikel-zur-Fruehjahrstagung-des-iwf-weltwirtschaft--zumutung-europa,1472602,14950086.html)

Ja, in seinem "World Economic Outlook" kommt der IWF sogar zu der drastischen Diagnose, dass Staatsbankrotte und der Zusammenbruch der Euro-Zone nicht mehr ausgeschlossen werden können. (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h07 (auch die folgende Ziffer))

Nur scheinen die beim IWF wieder eine andere Brille aufzuhaben als der gute Herr Weidmann - und einfach auch ökonomisch "anders zu ticken".

Und nach Spanien gerät jetzt auch schon Italien stärker in den Abwärtsstrudel mit seiner Wirtschaft : So steckt auch Italien schon tiefer in der Rezession als gedacht (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schuldenkrise-in-europa-italien-steckt-tiefer-in-der-rezession-als-gedacht-1.1335772).

Vorsorglich unkt der Wirtschaftsfachmann der Linken im Bundestag schon einmal bei dem weiteren Blick auf Italien: "Wird Italien jetzt zum Schicksal des Euro?" (www.michael-schlecht-mdb.de , April 2012).

Nur vorsorglich sollte sich Herr Weidmann vielleicht schon einmal in der "Krisenerzählung" des Soziologen Wolfgang Streeck mit seiner ganzen demokratiezerstörenden Kraft der Finanzindustrie erst einmal umschauen, um ein wenig mehr zur erahnen, wohin seine altbacken marktliberalen Vorschläge noch alles führen könnten. (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/bahl_sowi4.html)

Spanien leistet diesbezüglich ja schon politische "Feinarbeit", indem es den Aufruf zu Protesten im Internet gegen die Folgen dieser Politik als "Bildung von kriminellen Vereinigungen bestrafen" will. (www.heise.de/tp/artikel/36/36751/1.html)

So strengt sich Europa heftig an, unter seinem "Finanzmarktregime" dies autoritär-reaktionäre China noch schnell in der praktizierten Feindschaft gegenüber der eigenen Gesellschaft - allein im Interesse ominöser Finanzmärkte - zu "überholen".

Kein Wunder, dass jetzt schon immer drastischere Bezeichnungen unserer Verhältnisse an Bedeutung gewinnen. Was steckt also hinter den Finanzkrisen? Ein ökonomischer Putsch gemäß einem Machtergreifungsmodell. (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h06)

Europa befindet sich im Wirtschaftskrieg!

Und als kleines Beispiel für die Hinterhältigkeit dieser Politik - gegen jede politische Beeinflussung oder gar "Einbeziehung" in eine Politik - kann man das hartnäckige Bestreben dieser Bundesregierung betrachten, mit der Schweiz eine Steuer(hinterziehungs)abkommen als weitere Privilegierung der Reichen durchzudrücken. (www.nachdenkseiten.de/?p=12942) Ein Anliegen, das selbst im Sarkozy-Frankreich keine Freunde fand (www.nachdenkseiten.de/?p=12879#h05).

So hat die SPD jetzt recht, dass auch das neue Steuerabkommen mit der Schweiz ein Geschenk für Betrüger ist (hoffentlich bleibt's dabei!) (www.fr-online.de/newsticker/spd--auch-neues-steuerabkommen-mit-der-schweiz-geschenk-fuer-betrueger,11005786,14988956,view_asTicker.html)

So ist das eben in der Merkel-Welt: für die Reichen darf betrogen werden - aber dafür werden im Gegenzug die Kleinen betrogen und dürfen die Zeche bezahlen.

Angesichts der so einseitig-zerstörerisch radikalen Vorstellungen aus Deutschland, die immer tiefer in die Krise hineinmanövrieren statt heraus, kippt auch immer mehr die Meinung über Deutschland in den europäischen Medien - und geht auf kritische Distanz zum "Deutschen Modell" der so auch in sich selbst gespaltenen Gesellschaft (www.nachdenkseiten.de/?p=12937#h03).

Ist es jetzt naiv oder wünschenswert, angesichts solcher radikalen Bedrohungen unserer europäischen Gesellschaften doch noch von einem "Konservatismus" zu träumen - jenem Bewahren im besten Sinne? Können wir dabei noch jene Werte verteidigen, die wir naiv für selbstverständlich halten - wie z.B. eine soziale Marktwirtschaft, (vgl. dazu auch Peter Bofinger im nächsten Abschnitt zur Gleichheit) die immer mehr zu verblassen droht angesichts der Macht ungezügelter Finanzmärkte? (www.sueddeutsche.de/politik/die-union-sucht-das-konservative-bewahren-was-sie-einst-bekaempft-haben-1.1334300)

Die verlorene Gleichheit

Wenn wir noch einmal den Blick auf den Vorschlag werfen die Krise analytisch in zwei Stränge zu "zerlegen", um ihre Komplexität angemessener erfassen zu können, so kommt der Gleichheit umfassende oder "quer"-verbindende Bedeutung zu. (Vgl. dazu noch einmal den direkt

wegweisenden IMK-Report Nr. 41 "Die Rolle der Ungleichheit" von Gustav Horn u.a. (auch auf englisch verfügbar))

Europa ist ja immer noch sehr "vielgestaltig", sodass es dort trotz Krise auch noch Regionen gibt, die - wie z.B. Schweden - mit ihrem "Nordischen Modell" ein hohes Maß an Gleichheit haben (vgl. dazu den Überblick zum Stand der Gleichheit und der Gleichheitsdiskussion die Seite 1 f. bei www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/bahl_sowi2.html) - und gleichzeitig ein hohes Wachstum auch noch ! Wenn wir diese Unterschiede von Europa uns erst einmal als Grundlage nehmen, dann können wir die Perspektive der weiter - jetzt vielleicht noch explosionsartig - zunehmenden Ungleichheit in Europa präziser ins Auge fassen: Dabei erscheint mir ein besonders wichtiger Aspekt diese "Explosion der Ungleichheit" zu sein, die James Galbraith wohl auch auf dieser INET-Konferenz in Berlin angesprochen hat. (www.ftd.de/politik/international/:james-galbraith-im-ftd-gespraech-europa-droht-eine-explosion-der-ungleichheit/70022922.html)

Aber James Galbraith hat nicht nur auf dieser Berliner Konferenz von INET ein Referat auf dem "Panel" "Inequality and Macroeconomic Dynamics" gehalten (<http://ineteconomics.org/conference/berlin/james-galbraith-inequality-and-macroeconomic-dynamics-35>), sondern auch noch nach längeren Forschungen ein Buch mit dem Titel "Inequality and Instability" geschrieben, was ausführlich auf diese - auch ökonomisch - destabilisierende Wirkung der Ungleichheit hinführt.

In dem gleichen Arbeitskreis wie Galbraith zu "Inequality and macroeconomic dynamics" wirkte auch der deutsche Wirtschaftsweisen Peter Bofinger mit, aus dessen Ausführungen hier auch noch einmal zitiert werden soll: "In this paper I will analyse the experience of the more recent period from 1995 to 2005, which is of special interest for the emergence and the explanation of the financial crisis. In addition the focus will be not only on the United States but also on European countries and China. The paper comes to the conclusion, that the recipe of the famous post-war German minister for economics, Ludwig Ehrhard, "Wohlstand für alle" (material well being for all) is supported by the recent evidence and that policies fostering a more equal distribution provide the best way out of the current crisis. However, the wave of "structural reforms" that currently are implemented above all in the European "problem countries" weakens the bargaining power of trade unions and workers and tends to increase income inequality. This will make even more difficult for the world economy to find back to a path of sustainable growth." (<http://ineteconomics.org/conference/berlin/impact-inequality-macroeconomic-dynamics> (= der Text) sowie das Video: <http://ineteconomics.org/conference/berlin/peter-bofinger-inequality-and-macroeconomic-dynamics-15>)

Ja, man kann es noch zugespitzter formulieren: "Europas Demokraten schleifen Arbeitnehmer-Rechte" (www.nachdenkseiten.de/?p=12645#h04 oder noch www.nachdenkseiten.de/?p=12801#h03).

Es gab aber auf dieser INET-Konferenz nicht nur einen Arbeitskreis zur Ungleichheit als "makroökonomischen Faktor", sondern gleich noch darüber hinaus einen zur Ungleichheit und Beschäftigung, wo dann auch noch Ronald Schettkat aus Wuppertal mitwirkte (<http://ineteconomics.org/conference/berlin/inequality-and-employment>).

Dabei muss ich mich entschuldigen, dass ich nicht alle Beiträge im Einzelnen und im Vergleich zueinander zu beurteilen vermag. Das kann jetzt allenfalls im Laufe der Zeit noch geschehen- angesichts der "Fülle" der Referenten und Argumente.

Aber im Prinzip würde ich gar nicht so sehr auf eine erst bevorstehende "Explosion" der Ungleichheit meinen besonderes Augenmerk legen wollen, sondern gerade auch die schon bis jetzt politisch "erreichte" Ungleichheit in enormem Ausmaß (vgl. dazu "Arm und Reich in Deutschland" auf den Seiten 5 ff. bei www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/fiskal_bahl1.html).

So schräg auf eine soziale Spaltung hinaus läuft eben das marktradikale Projekt schon länger in Europa - und mit Deutschland als "lohndumpenden" Vorreiter immer tiefer ins Prekariat hinein, das so schön sozialdemokratisch "erzeugte". (Vgl. die Seiten 4 ff. bei "Sprechen über die Krise...": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/bahl_sowi.pdf)

Nur dieses Problem ist dann nicht nur ein ökonomisches, sondern wird ganz schnell zum gesellschaftlichen und politischen, weil sich immer mehr Menschen auch sozial "ausgeschlossen" fühlen (<http://idw-online.de:80/de/news472891>). Dieses Elend der Spaltung hat jetzt in der Politik doch schon die Grünen erreicht, die sich langsam aus der Gefangenschaft ihrer Mit-Autorschaft bei der Hartz-Gesetzgebung zu befreien versuchen. (www.nachdenkseiten.de/?p=12930#h13 und www.nachdenkseiten.de/?p=12930#h05). Und auch für den politischen "Emporkömmling" die Piraten scheint doch auch die Einkommensgleichheit - nach dem bisherigen Stand - ein wichtiges politische Ziel zu sein (siehe den zweiten Teil bei www.nachdenkseiten.de/?p=12901#h14).

Ich möchte aber nicht mit diesen bescheidenen Ansätzen für einen "Neuanfang" in der Politik enden, sondern kann zum Schluss noch einmal den im ersten Absatz schon genannten Joseph Vogl zitieren: "Es gilt die Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit als politische zurückzugewinnen - und das geht nur , wenn die Systemfrage gestellt wird" - mit einer Überwindung des Finanzmarkt-Regimes!

Kommentierte Presseschau von Volker Bahl vom 2.5.2012